



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern

Tümpel, Hermann

Bielefeld, 1909

1. Die Zeit der Fremdherrschaft.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82523](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82523)

Es kosteten:

Von	nach	der einfache Brief zu 1 Lot (16 g)	Kaufmanns- waren das Pfund	Geldpakete bis 100 Tlr.
Minden	Herford und Bielefeld	1 ggr. (12 Pf.)	4 Pf.	4 ggr.
Minden	Berlin	2 ggr.	1½ ggr.	16 ggr.
Herford und Bielefeld	Berlin	2½ ggr.	1½ ggr.	16 ggr.

Gewöhnliche Lebensmittel gingen um $\frac{1}{3}$ billiger denn Kaufmannswaren. Das Reise-
geld auf den ordentlichen Posten betrug im Sommer 3 ggr., im Winter dagegen 4 ggr. für
die Meile bei einem Freigepäck von 40–50 Pfd.

Trotz dieser gegenüber denen der Nachbarländer und der Reichspost überaus
günstigen Taxen fehlte es nicht an Boten, die den Gesetzesvorschriften zuwider
gewerbmäßig Briefe beförderten. Insbesondere blühte die heimliche Briefbeförderung
nach Holland, ein Beweis der dauernden engen Beziehungen dorthin, so daß man
diese Boten allgemein die Holländischen nannte. Die Städte wurden daher von
der Regierung zu Minden des öfteren angewiesen, auf bestimmte Personen aus
Dissen, Brochagen, Versmold, Werther, Bünde, Enger, Bielefeld und Salzuflen
zu achten, weil sie sich mit „Colligirung allerhand Briefen und deren Beförderung
nach Holland befassen“. Wurden sie bei ihrem verbotenen Werk ertappt, so waren
sie nach der Festung Wesel „in die Karre“ abzuführen. Solchen und ähnlichen
Verfügungen begegnen wir wiederholt in den Jahren 1715 bis 1800.

Die günstigen Taxen wurden indessen im Jahre 1766 unter der französischen
Regie nicht unbedeutend erhöht; der geringste Satz von 1 ggr. für den einfachen
Brief galt nur noch für die Entfernung von 4 Meilen, und die Staffeln stiegen
in etwas kürzeren Abständen, so daß z. B. Briefe aus den drei Poststädten Minden-
Ravensbergs nach Berlin einen ggr. mehr als bisher kosteten. In ähnlicher Weise
gingen die anderen Taxen in die Höhe. Der fiskalische Gesichtspunkt, der selbst
unter Friedrich Wilhelm I., so sehr dieser große Volks- und Staatswirt auch sonst
von dem Geiste der Sparsamkeit durchdrungen war, gerade bei dem Postwesen
niemals eine Rolle gespielt hatte, war damit auf lange Zeit hinaus zur Herrschaft
gekommen!

Zweiter Abschnitt. Das 19. Jahrhundert.

1. Die Zeit der Fremdherrschaft.

Die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1806 und deren schicksalsschwere
Folgen unterbrachen die gedeihliche Fortentwicklung des Verkehrs in Minden-
Ravensberg; ja, dieser lag, nachdem das Land dem neugegründeten Königreich
Westfalen zugeteilt war, in kurzer Frist sogar völlig darnieder. Auf welchen
Tiefstand besonders die Postverhältnisse angelangt waren, schildern wohl am zu-
treffendsten die Worte des westfälischen Finanzministers von Bülow an den König
Jérôme, wie sie der Geschäftsträger Preußens am Casseler Hofe, der Geheime
Legationsrat Küster, unterm 12. September 1809 dem Auswärtigen Departement
des preußischen Ministeriums übermittelt hat. Küster schreibt: „Der Finanzminister
fängt seinen Bericht mit den Äußerungen an, daß die hiesige neue Postadmini-

stration der Gegenstand der allgemeinen Klage geworden sei und Abbrechung von Kommunikationen und Veränderung der Korrespondenz zur Folge gehabt habe, daß die Langsamkeit der Posten ein Hauptvorwurf sei, die Mißbräuche zunehmen, die Revenuen abnehmen, obgleich die Taxen (die um vieles alle bis jetzt bekannten Posttaxen in Europa übersteigen und durch welche Westfalen einen großen Teil seiner auswärtigen Korrespondenz verloren habe) verdoppelt worden usw.“

Wie berechtigt diese Kritik hinsichtlich der Tage gewesen ist, geht daraus hervor, daß der einfache Brief nach dem ersten Tarife von 1808 im Gewicht 8 g nicht übersteigen durfte, jedoch bei einer Entfernung von 4 Meilen schon 20 cts. und je nach der Länge der Beförderungstrecke bis 1 fr. 12 cts. kostete. Überschnitt aber ein einfacher Brief die Landesgrenze, so blieben dafür 70 cts. in den geldbedürftigen Kassen des neuen Königreiches hängen. Es gab nicht weniger als 12 Entfernungstafeln, deren Sätze nach dem wirklich zurückzulegenden Wege längs der Poststraße angewendet wurden. Nicht besser stand es mit dem Tarif für die übrigen Versendungsgegenstände.

Der Druck, der durch die hohen Portosätze ausgeübt wurde, war so schlimm, daß die westfälischen Untertanen ihre auswärtigen Korrespondenten in den Zeitungen öffentlich aufforderten, nicht an sie zu schreiben, weil das Porto unerschwinglich sei.

Nach den Vorschlägen des Finanzministers wurden zwar unterm 30. September 1810 Verwaltung und Tage reformiert, doch ohne nennenswerten Erfolg. Die letztere betrug immer noch für den auf 12 g im Maximalgewicht erhöhten einfachen Brief bis 1 Meile — nunmehr nach der direkten Entfernung — 10 cts., bis 2 Meilen 15 cts., bis 6 Meilen 20 cts. uff. Für je 6 g mehr wurde die Hälfte der Grundtage dieser hinzugerechnet.

Der *Moniteur Westfalen gazette* offizielle als das Regierungsjournal genoß volle Portofreiheit. Im Gegensatz hierzu war der Absatz der politischen Zeitungen des In- und Auslandes, die ein- oder mehrmals wöchentlich erschienen, der Generalpostverwaltung in Cassel ausschließlich vorbehalten, so daß ein Abonnement auf Zeitungen, die nicht in das Lob der neuen Zustände einstimmten, ausgeschlossen war. Erwähnen wir vollends noch, daß, getreu dem Vorbilde der *Cabinets noirs* des forsischen Eroberers, schamlose Brieveröffnungen systematisch betrieben wurden, so fehlt kein Zug mehr an dem abstoßenden Bilde des Postverkehrs aus jenem unheilvollen Zeitabschnitte.

Nicht besser fanden es die Bewohner des nördlichen Teiles von Minden-Ravensberg, als sie durch Dekret vom 13. Dezember 1810 vom Königreich Westfalen abgezweigt und dem Kaiserreich der Franzosen einverleibt wurden.

2. Von 1813 — 1866.

Nach mehr als sechsjähriger Knechtschaft fielen die Fesseln, in denen der Verkehr zu Boden gelegen hatte. Den im November 1813 erschienenen ersten preussischen Truppen folgten die Postbeamten auf dem Fuße, die von dem Generalpostamt mit der Wiederherstellung der postalischen Verhältnisse betraut waren. Und so konnte denn dieses schon am 16. Januar 1814 in einer Zirkularverfügung darauf hinweisen, daß die preussischen Postämter, die bis zum Jahre 1806 in den Provinzen zwischen Weser und Rhein bestanden hätten, in dieser Eigenschaft